



Wochentheiliger Abonnementzettel. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Postz. 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Zeitungsseite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag erscheint, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 216. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 9. Mai 1876.

## Deutschland.

Berlin, 8. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Haupt-Steueramts-Controleur Wende zu Posen den Roten Adler-Orden vierter Classe; dem Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Dr. med. Gascard zu Heidehaus im Kreise Falkenberg den Königlichen Kronen-Orden vierter Classe; dem Schullehrer und Organisten Wöhlers zu Nordhorn im Kreise Lingen den Adler des Königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Privatschreiber Brandt zu Stechow im Kreise Westhavelland das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem vormaligen Präsidenten des Vermaltungsraths der Mährisch-Schlesischen Central-Eisenbahn, Fabrikbesitzer und Landwirt Ritter von Proskowez zu Kwarsitz in Mähren, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Classe; dem Führer des dänischen Schooners „Agent Lagoni“, Capitán Lars Möller, den Königlichen Kronen-Orden vierter Classe; sowie dem Schullehrer Delberg zu Galatz das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Amtsbezirk des kaiserlichen Consulats in Valdivia (Chile) ist die Provinz Valdivia, und dem Bezirke des Consulats zu Concepcion die Provinz gleichen Namens mit Ausnahme der Häfen von Tomé und Coronel, ferner die Provinzen Arauco, Biobio, Nuble, Ñuñares und das Colonisationsgebiet Angol zugewiesen worden. — Dem kaiserlichen Vice-Consul in Manzanillo de Cuba, J. C. Hende, ist die erbetene Entlassung aus dem Consulatdienste ertheilt worden. — Dem Herrn Wilson King ist Namens des Deutschen Reiches das Equator als Consul der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Sizze in Bremen ertheilt worden.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Divisions-Auditeur der Garde-Cavallerie-Division, Justizrat Plantner, zum Ober- und Corps-Auditeur des VI. Armeecorps; den Rügerichter Dr. jur. Fleid in Frankfurt a. M. zum Stadtamtmann und den Gerichts-Assessor Haas daselbst zum Rügerichter in Frankfurt a. M.; und den Oberlehrer am Gymnasium in Aachen Professor Dr. Renvers zum Gymnasial-Director ernannt.

Der Maschinen-Ingenieur Wilhelm Möllmann zu Luxemburg ist zum Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Verwaltung der Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt und sind demselben die Gehäfte eines zweiten Assistenten des Ober-Maschinenmeisters zu Straßburg übertragen worden. — Dem Gymnasial-Director Dr. Renvers ist die Direction des Gymnasiums zu Münsterfeld übertragen worden.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen. Vom 6. Mai 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c.

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, in Verfolg Unseres Erlasses vom 29. October 1874 — Geießt. S. 37 — für Elsaß-Lothringen, was folgt:

Der Landesausschuss für Elsaß-Lothringen wird berufen, am 17. Mai d. J. in Straßburg zusammenzutreten und beauftragt. Wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen.

Urftlich unter Unserer Höchstgehnähndigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Siegel.

Gegeben Berlin, den 6. Mai 1876.

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Berlin, 8. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab sich am Freitag, den 5. d. M. früh 8 Uhr 20 Minuten mittels Extrajuges nach Potsdam und hielt daselbst um 9 Uhr am Neuen Palais die Specialbesichtigung über das Lehr-Infanterie-Bataillon ab. Von 10 Uhr ab besichtigte Se. Majestät die Bataillone des 1. Garde-Regiments zu Fuß im Lustgarten, nahm hierauf das Dejeuner im Offizierscasino des genannten Regiments ein, fuhr dann nach Bellevueberg und kehrte gegen 4 Uhr nach dem hiesigen Palais zurück, wo selbst der Reichskanzler Fürst Bismarck Vortrag hielt.

Am Sonnabend Vormittags wohnte Se. Majestät zu Pferde den Truppenübungen auf dem Kreuzberg bei, nahm hierauf militärische Meldungen und den Vortrag des Obersten von Haugwitz entgegen. Um 12 Uhr holte Se. Majestät die Frau Großfürstin Constantin von Russland, Kaiserliche Hoheit, vom Ostbahnhof ab und dejeunerte mit Höchstadeln im Palais. Um 2 Uhr geleitete Se. Majestät die Frau Großfürstin nach dem Anhalter Bahnhof, von wo Ihre Kaiserliche Hoheit die Reise nach Altenburg fortsetzte.

Gestern empfing Se. Majestät der Kaiser und König den Ober-Ceremonienmeister Grafen v. Stillfried-Alcantara, die Ober-Appellationsgerichts-Präsidenten v. Kunowsky aus Posen und Luther aus Kassel und den Oberst-Kämmerer Grafen von Redern. Nachmittags 2½ Uhr begab Se. Majestät sich mittels Extrajuges nach der Wilhelmskaserne und nahm das Diner bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin im Neuen Palais ein, von wo Allerhöchstverselbe mittels Extrajuges um 5½ Uhr nach Berlin zurückkehrte.

Heute Vormittag wohnte Se. Maj. um 8½ Uhr dem Exercieren einer combinirten Garde-Brigade auf dem Tempelhofer Felde bei, kehrte von dort gegen 11 Uhr nach dem Palais zurück und nahm sodann den Vortrag des Geheimen Cabinetsrathes v. Wilmowski entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte vor gestern Eton College. — Gestern wohnten Beide Majestäten dem Gottesdienste in der Schlosskapelle zu Windsor bei. Die Kaiserin-Königin war in der Abendandacht in der St. Georgskapelle. — Heute besichtigte Allerhöchstseelbe in London das deutsche Hospital und frühstückte in der deutschen Botschaft.

(Reichsdanz.)

■ Berlin, 8. Mai. [Die diplomatische Campagne in Berlin. — Eine zweite Alabamafrage. — Wahlagitierungen in den Pfingsttagen. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ und die Agrarier. — Budgetcommission.] In wenigen Tagen werden am grünen Tische in der Wilhelmstraße die Verhandlungen der Repräsentanten der drei Kaisermächte beginnen. Bis zur Stunde haben wir keine Bestätigung der Nachricht erhalten, daß nach deren Vereinbarung auch die in Berlin beglaubigten Vertreter der übrigen Großmächte, mit Einschluss Italiens, an den Conferenzen Theil nehmen sollen. Man hört schon deshalb Zweifel über diese Erweiterung der Conferenzen aussprechen, weil die hiesige Diplomatie der Situation einen durchaus friedlichen Charakter vindicirt. Nach ihren Neuerungen soll Fürst Bismarck die beste Hoffnung für eine friedliche Beilegung der Differenzen zwischen Russland und Österreich über die Bürgschaften zur Verwirklichung der Reformen in den christlichen Provinzen der Türkei hegen. — Am Gelingen wird schon deshalb nicht gezwischt, weil das Maß dieser Bürgschaften nicht zu weit ausgedehnt werden dürfte. Man wird sich in erster Linie auf die Frage der Pacification Bosniens und der Herzegowina beschränken. Ob in zweiter Linie die Grundzüge zu einer staatlichen Gestaltung am Balkan gelegt werden, darüber gehen in den betreffenden Kreisen die Meinungen auseinander. Ohne den Be ratungen voreilen zu wollen, hören wir doch von einer Seite besonders Gewicht darauf legen, daß der deutsche Reichskanzler eine Occupation türkischen Gebiets, sei es von welcher Macht es wolle,

gern außer Betracht gezogen wissen will. Damit würde sich auch die Annahme widerlegen, daß die Mächte gewisse Forderungen der Insurgenten zur Basis der Verhandlungen nehmen würden. Man darf nicht vergessen, sagt uns ein namhafter Diplomat, daß Fürst Bismarck nichts thun oder zulassen wird, was die Existenz des Dreikaiserbundes gefährden könnte. — Eine neue Phase der Alabama-Frage scheint sich vorzubereiten, die auch die Aufmerksamkeit der hiesigen Regierung auf sich gezogen hat. Es handelt sich in diesem Augenblick um die Vertheilung eines Restbetrages von 9 Millionen Dollars. Derselbe war von der Entschädigungssumme von 15½ Millionen verblieben, welche das Generalschiedsgericht den Amerikanern zugedacht hatte. Dieser Beitrag soll nach dem Vorschlage der Commission des Congresses zur Entschädigung von indirekten Verlusten verwendet werden. Bekanntlich hat das Generalschiedsgericht die von den Amerikanern gestellte Forderung wegen Entschädigung der indirekten Verluste ausdrücklich zurückgewiesen. In England betrachtet man diesen Commissionsvorschlag als einen absichtlichen Insult. Die großen Londoner Journale greifen auf das Schärfste diesen Vorschlag an und in hiesigen diplomatischen Kreisen wird befürchtet, daß die ernstesten Verwickelungen entstehen, wenn der Congress den Antrag annimmt. — Die liberalen Parteien treffen ihre Vorbereitungen für die Wahlagitierung. Sowohl die parlamentarischen Führer wie die Centralcomites geben bereits die Parole aus, daß in den Pfingsttagen Wählerversammlungen abgehalten werden sollen. Den Mitgliedern des Reichstages und des Abgeordnetenhauses wird zur besonderen Pflicht gemacht, vor ihren Wählern Rechenschaftsberichte über ihre Thätigkeit in den bisher verflossenen Sessionen abzulegen. Es ist dazu reiches und glückliches Material in den organischen Gesetzesvorlagen vorhanden. Außerdem handelt es sich um die entschiedene Bekämpfung jener conservativen Coalition, die sich offen oder insgeheim der Unterstützung gouvernementaler Organe rühmt. Diese Bestrebungen zu enthüllen und auf ihren wahren Werth zurückzuführen, wird eine der vornehmlichsten Aufgaben der Abgeordneten der nationalliberalen und Fortschrittspartei in den Pfingstversammlungen ihrer Wähler sein. Es wird sich dabei in erster Linie um jene Protection handeln, welche die Landräthe verschiedener Kreise theils persönlich, theils durch die amtlichen Kreisblätter den Agrarier angedeihen lassen. Außerdem werden die Abgeordneten nicht unterlassen dürfen, auf die Sprache hinzuweisen, welche die der Regierung befürdete Presse über die Bildung einer Agrarpartei führt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ befagt allerdings, daß die Agrarier, um die Majorität zu gewinnen, sich in unnatürliche Coalitionen einlassen könnten. Es müssen dies wohl Ultramontane oder Socialdemokraten sein, die dem Blatte vorschreiben, weil es die Agrarier auffordert, sich den soliden Conservativen anzuschließen. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß die „N. A. Z.“, welche mindestens wöchentlich ein Mal versichern muß, daß sie kein offizielles Organ sei, auf die große Rolle hinweist, welche die Agrarier bei den nächsten Wahlen spielen werden. Das Blatt wirkt sich nicht blos zum Vertheidiger der Prinzipien der Agrarpartei auf, sondern geht mit aller Schärfe gegen die Liberalen vor, die wenigstens bis heute die regierungsfreundliche Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften bilden. Es ist selbstverständlich, daß unter den Mitgliedern der liberalen Parteien nicht der „N. A. Z.“, sondern jenen, die hinter ihr stehen, die Wahlparole für die Agrarier zugeschrieben wird. Es handelt sich um die Beseitigung der gegenwärtigen liberalen Mehrheit und um die Bildung einer großen conservativen Bismarckpartei. — Die heutige Sitzung der Budgetcommission, welche die Gesetzesvorlage über die Umzugskosten der Staatsbeamten berathen sollte, konnte wegen Bechluzunsfähigkeit nicht stattfinden.

[Der Zumb in Salonicci.] Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Dem Auswärtigen Amt ist gestern die Meldung eines höchst bedauerlichen Vorfalls eingegangen, der sich am 6. d. M. in Salonicci ereignet hat. Bei einem Straftumult, über dessen Veranlassung und Hergang die genaueren Nachrichten abzuwarten sein werden, sind die Consuln von Deutschland und Frankreich von der muhammedanischen Bevölkerung der Stadt erschlagen worden. Nach Eingang dieser Nachricht in Konstantinopel haben die Botschafter von Deutschland und Frankreich, in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern, sofort die nötigen Schritte bei der Pforte für den Schutz der Christen in Salonicci und Einleitung einer strengen Unter suchung gethan. Der Großvezier hat sich bereit erklärt, alle geforderten Maßregeln zu ergreifen. Se. Majestät der Sultan hat sofort durch seinen ersten Adjutanten den Botschaftern von Deutschland und Frankreich sein innigstes Bedauern über den Vorfall und die Zusage der strengsten Bestrafung der Schuldigen aus sprechen lassen. Ein urtlches Kriegsgericht ist bereits von Konstantinopel nach Salonicci abgegangen, mit Schief Poscha und Baham Effendi als außerordentlichen Commissaren, denen deutscherseits der Consul in Pera, Gillet und von der französischen Vertretung der zweite Botschafts-Dragoman Robert beigegeben sind. Außerdem ist noch ein türkisches Panzerwaff und Bestrafung der Garnison nach Salonicci gesendet worden. — Der deutsche Consul, Henry Abbot, war im Jahre 1871 zu seiner Stellung in Salonicci berufen worden. Er gehörte einer seit Jahren dort ansässigen, angesehenen Familie an. Den Pflichten seines Amtes mit Eifer ergeben, hat er in der Zeit seiner Wirksamkeit nützliche Dienste geleistet und sich die volle Anerkennung der Reichsregierung erworben.

Posen, 8. Mai. [Berichtigung. — Kirchliche Verwaltung.] Ueber das bevorstehende Jubiläum des commandirenden Generals von Kirchbach werden von auswärtigen Blättern voreilige Nachrichten verbreitet, welche zum Theil jeder Begründung entbehren. So ist die Meldung, daß der Kronprinz zur Feier des Tages hier eintreffen werde, schon deshalb als unrichtig zu erkennen, weil es der traditionellen Rücksichtnahme unseres königlichen Hofes widerspricht, durch einen fürstlichen Gast den zu Feiernden in den Schatten zu stellen. Ebenso wenig ist die Mitteilung richtig, daß Herr v. Kirchbach bei dieser Gelegenheit zum Feldmarschall ernannt werden würde, da er nach seiner Auncientur nicht an der Reihe ist. — Die Vermögensverwaltung in den Diözesen Posen und Gnesen wird nunmehr, nachdem der Landrat Nollau zu Gnesen auf seinem Antrag der Vermögensverwaltung in den Diözesen Posen und Gnesen entbunden ist, nach Anordnung des Cultusministers in folgender Weise statzinden: Zum königl. Commissarius für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung in der Diözese Gnesen ist der hiesige Ober-Regierungsrath Freiherr von Massenbach ernannt worden, welcher außerdem seine bisherige Stellung als königl. Commissarius für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung in der Diözese Posen beibehält. Die Stellvertretung in der Verwaltung beider Diözesen ist dem bisherigen Staats-Anwalt Perkuhn zu Gnesen übertragen worden, welcher aus dem Justizdienste ausscheidet, zur Verwaltung übergeht und zum Regierungsrath ernannt worden ist, jedoch ohne einem bestimmten Regierungsrath angehören. Regierungsrath Perkuhn verlegt in der nächsten Zeit seinen Wohnsitz nach Posen; ebenso werden sämtliche Bureaux und die Kasse der Vermögensverwaltung für die Diözese Gnesen von dort nach Posen verlegt, und entweder im hiesigen bisherigen erzbischöflichen Consistorialgebäude, wo sich die Bureaux und die Kasse der Vermögensverwaltung für die Diözese Posen befindet, oder, was wahrscheinlicher ist, da der Raum in jenem Gebäude zu beschränkt ist, in dem erzbischöflichen Palais untergebracht. Natürlich verlegen auch sämtliche Beamte der Vermögensverwaltung für die

Diözese Gnesen (Syndicus Klepahevski, Secretär, Districts-Commissarius Wendland &c.) ihren Wohnsitz von Gnesen nach Posen. (Pos. 3.)

München, 8. Mai. [In der heutigen Sitzung der sechsten Abtheilung der Abgeordnetenkammer] wurde bei Prüfung der Wahlen in Langenfeld, wo die liberalen Abgeordneten Alvens, Louis, Heyson gewählt waren, einstimmig beschlossen, dem gegen diese Wahlen erhobenen Proteste nicht Folge zu geben, sondern dieselben für gültig zu erklären.

## Italien.

Rom, 1. Mai. [Italien und Frankreich. — Aspron und die Kammer.] Die ironischen Bemerkungen, mit denen die „Italie“ gestern Abend die von ihr nur verstümmt wiedergegebene Ansprache des Herrn Armand Lévy an das romische Volk begleitete, das mindestens durch 10- bis 12,000 Köpfen auf dem Janiculus erschienen war, um die Erinnerung an den 30. April 1849 festlich zu begehen, diese ironischen Bemerkungen, sage ich, scheinen, so schreibt man der „N. Fr. Pr.“, nur der Vorläufer eines Donnerwetters zu sein, das in einigen Tagen in der französischen Presse über den Juni-Barricaden-Kämpfer von 1848 und den ehemaligen Garibaldischen Soldaten Armand Lévy, den der „Besieglierte“ einen „ausgezeichneten Patrioten“ nennt, losbrechen wird. Zur Feststellung des Sachverhaltes weile ich Ihnen den Wortlaut der von Herrn Lévy gehaltenen Ansprache nachstehend mit, der ich als Augen- und Ohrenzeugen verbürgen kann. „Ich bin Franzose“, begann der Redner, „und trete hierher, um das italienische Volk für das, was die Franzosen im Jahre 1849 ihm angehah haben, um Verzeihung zu bitten. Auf demselben Flecke, wo die Misschäfte vollbracht wurde, erfuhr ich die Italiener, jenes Blatt zu verlassen, welches der französischen Nation keine Ehre macht.“ Diese mit unverkennbarem französischen Accent in italienischer Sprache an die begeisterte Menge gerichteten Worte riefen einen Jubel hervor, der unbeschreiblich ist. „In der Geschichte der Völker“, sagte Herr Lévy weiter, „steht geschrieben, daß diejenigen, welche Andere anfallen, wieder angefallen werden. Wir Franzosen wurden im Jahre 1870 für die 1849 gegen Italien unternommene Expedition bezahlt. Die Invasion von 1870 war eine harde, aber gerechte Lection, eine Sühne für das Bombardement von Rom.“ Der Enthusiasmus, der bei diesen Worten aus allen Kehlen schallt und alle Hände in Bewegung setzt, übertraf Alles, was ich an frenetischem Beifallsjubel in Italien je mit ansehen und angehört. Alles schrie aus voller Brust in tausendstimigem Chor: „Es lebe Italien! Es lebe die Brüderung der Völker! Es lebe Garibaldi!“

Die italienische Kammer hat heute auf Antrag des Justizministers Mancini beschlossen, den Präsidialtag drei Tage lang zum Zeichen der Trauer über das gestern Nachmittags erfolgte Ableben des Deputirten Aspron schwarz zu verhängen. Der Antrag Mancini's, vor dem bereits der Kammerpräsident Bianchi die Tugenden des Deputirten von Nuoro (Insel Sardinien) in einer schriftlich ausgearbeiteten Rede in würdiger Weise geschildert hatte, stieß ansfänglich auf Widerspruch, indem Bonfadini sich zwar den Vorednern mit anerkennenden Worten anschloß, allein den Vorschlag des Siegelbewahrers nicht für opportun hielt und denselben einlud, ihn zurückzuziehen, worauf der Deputirte Marotti, der eben eintritt, die Hoffnung ausspricht, es werde kein inopportuner Vorschlag das einmütige Gefühl des Schmerzes föhren, von dem die Kammer bei der Nachricht von dem Tode Aspron's ergriffen wurde. Allein Mancini besteht auf seinem Vorschlag und wird von Nicotera secundirt, der noch hinzufügt, die Kammer möge ihre Sitzung heute eine Stunde eher schließen, damit sämmtliche Deputirte dem Verstorbenen das letzte Geleite geben können. Bonfadini will jedoch seine Worte nicht zurücknehmen, da es ihm nicht passend erscheint, zu Ehren Aspron's etwas zu thun, was niemals für irgend einen angesehenen Deputirten, welcher Partei er auch angehören möchte, von Seiten der Kammer geschehen sei. Auch Sella will, daß an dieser Tradition festgehalten werde, worauf Nicotera wiederholt das Wort ergriff und bedauert, daß sich Sella bemüht habe, den Vorschlag Mancini's zu einer politischen Frage aufzubauen. Nach langen Hin- und Widerreden, wobei die Debatte sogar einen recht ärgerlichen persönlichen Charakter anzunehmen drohte, wurde Mancini's Vorschlag mit erheblicher Majorität genehmigt.

Sämmtliche römische Blätter sprechen heute von Aspron mit einer wohlthuenden Unparteilichkeit und lassen seinem Charakter und seiner aufrichtig liberalen Gesinnung ohne Ausnahme Gerechtigkeit widerfahren. In seiner Jugend hatte sich Aspron dem geistlichen Stande gewidmet und es bis zum Canonicus gebracht, allein da er 1849 in die Kammer gewählt wurde, trat er aus dem Dienste der Kirche aus, der mit dem Abgeordneten-Mandat nicht vereinbar war. Seine letzten Worte galten, wie sein ganzes bisheriges Leben, dem Vaterlande. „Ich habe“, sagte er kurz zuvor, ehe er seinen letzten Atemzug aushauchte, „mein Italien stets geliebt, möge es immer groß und geachtet dastehen; begrabi mich in Rom ohne pomphaftes Aufsehen.“ General Garibaldi, der seinen vielseitigen Freund bereits vor mehreren Tagen bestellt hatte, erschien auch gestern wieder, fand ihn jedoch nicht mehr am Leben, worüber er so ergrissen war, daß er sich über die Leiche hinstürzte und sie umarmte.

Rom, 1. Mai. [Ueber die parlamentarischen Parteiverhältnisse] schreibt man der „N. A. Z.“ von hier Folgendes:

Ein Gutes bat die leiste Minister- und Parlamentsträne in Italien denn doch unter allen Umständen geschaffen, indem sie den Grundstein zur Constitution zweier großer unter derselben Fahne kämpfender Parteien und somit die Herstellung eines wahren parlamentarischen Verhältnisses anregte. Rechte wie Linke waren bisher nicht zwei große von denselben Prinzipien geleitete, nach denselben Programm handelnde, unter derselben Fahne kämpfende Parteien, sondern ein Conglomerat verschiedener Parteiengruppungen, welche sich trefflich mit dem Namen Confertionen bezeichneten — denn es gab Confertionen auf der Rechten wie auf der Linken, die sich bloß von Fall zu Fall und zu bestimmten Zwecken coalisierten und so die Majorität und Minorität bildeten.

Die Linke namentlich war aus den heterogensten Elementen zusammengesetzt, da dieselbe in ihren Reihen genügt liberale und ebenso radikale Monarchisten wie auch Republikaner, Clericale und Retrograde aller Parteien zählte, die sich bloß zu dem einen praktischen Zwecke vereinten, der jeweiligen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, das jeweilige Ministerium zu fürzten. Daß derlei heterogene Elemente nicht nach einem gemeinsamen Programm vorgehen konnten und sich daher auf die reine Negation beschränken mußten, war natürlich, und daher kam es auch, daß die Linke als solche nie für regierungsfähig gehalten wurde, und es bedurfte ganz besonderer Vorkommnisse, des Absalles des Centrums und eines Theiles der Rechten

den Regierungspartei und somit der gewaltfahmen Sprengung der bisherigen Majorität, um die in entschiedener Minorität in der Kammer sich befindende Linke ans Ruder zu bringen.

Die Rechte ihrerseits war zwar insoweit viel compacter, als deren Mitglieder wenigstens in der Politik einer und derselben Partei mit mehr oder minder accentuierten Schätzungen angehörten, was jedoch nicht hinderte, daß auch sie sich wieder in verschiedene kleinere Parteigruppen trennte, und man z. B. mit Recht von einer piemontesischen, toscanischen, neapolitanischen und mittelitalienischen Linken sprechen konnte, welche unter verschiedenen Führern kämpfte, sich öfters gegenseitig befriedete. Eine Ursache großer Schwäche für die Rechten war, so paradox dieses auch klingen mag, eben die Schwäche und Zersetzungheit der Linken, da dieselbe für unsfähig für die Regierungsgewalt gehalten wurde. Die Rechte öfters zu innerem Kriege veranlaßte, weil dieselbe ja im Vorhinein wußte, daß am Ende denn doch die Regierungsgewalt in den Händen der eigenen großen politischen Partei verblieb und es also für die große Partei und deren Politik so ziemlich gleichgültig blieb, ob die jeweiligen Ministeri Niccolini, Sella, Peruzzi, Bisconti-Bonista, Lanza oder Minghetti hießen; — blieb doch der Kern der großen Politik unberührt, — und so kam es denn, daß fortwährend die Ministerien der Rechten sich gegenseitig abschöten, je nachdem der eine oder der andere der verschiedenen Führer der Rechten sich der einen oder der anderen Parteigruppe anschloß. Dieses alles ist nun in leichter Zeit ganz anders geworden, und wir constatiren mit Vergnügen, daß der Anlaß zu einer neuen aktiven parlamentarischen Parteidbildung von der Linken ausging. Bei der Heterogenität ihrer Elemente war es natürlich, daß die Politik des neuen Ministeriums nicht auf die Unterstützung der ganzen Linken zählen konnte, indem z. B. den Republikanern und Clericalen die nach monarchischen Prinzipien geleitete Politik des Ministeriums Depretis und Nicotera unmöglich behagen konnte und so die Gefahr nahe lag, daß diese Elemente sich bei irgendeiner Gelegenheit von der großen Partei lössen und sich gegen die Regierung wenden würden. Diese Erkenntnis veranlaßte dann auch die sogenannte parlamentarische Linke, aus deren Reihen das gegenwärtige Ministerium hervorgegangen ist, die Formierung einer neuen Partei anzustreben, die mit Auszehrung entsprechender Elemente des Centrums in Stand sei, wenn auch nicht die Majorität, so doch eine angesehene compacte Partei in der Kammer zu bilden. Wenn wir auch mit der Wahl des Führers dieser neuen Partei in der Person des Deputirten Crispì durchaus nicht einverstanden sind, so begrüßen wir doch die neue Parteidbildung an und für sich mit Vergnügen, und dieses um so mehr, da die Rechte natürlich auch ihrerseits, von dem Beispiel ihrer Gegner angeregt, ernstlich an ihre Reconstituirung denkt.

Visher waren es namentlich fünf Männer, die Deputirten Niccolini, Peruzzi, Lanza, Minghetti und Sella, unter deren Fahnen sich die verschiedenen Parteigruppen der Rechten sammelten und die sich bei vor kommenden Gelegenheiten gegenseitig bekämpften, um das bekannte „ots to que je m'y mette“ auszuführen.

Nun wird gearbeitet, diese verschiedenen Consorterien der Rechten unter einer Führung einer dieser erwähnten Größen zu sammeln und aus den verschiedenen Consorterien eine große Partei zu bilden, welche der Leitung eines einzigen, aus der Zahl der erwähnten fünf zu wählenden Führers zu gehorchen habe. Nun scheint es zwar auf den ersten Blick allerdings schwer, zwischen diesen so ziemlich gleich bedeutenden fünf Männern einen herauszufinden, dem sich die übrigen willig unterordnen und dessen Gebot die ganze Partei gehorchen sollte, aber die Schwierigkeit wird schon dadurch einigermaßen verringert, daß die beiden erstgenannten Führer, nämlich Niccolini und Peruzzi, durch ihre persönlichen Verhältnisse verhindert sind, lange Zeit in Rom zu verweilen und eventuell ein Ministerpräsidium zu übernehmen, der dritte, Lanza, bei allen seinen sonstigen hochachtbaren Eigenschaften nicht das nötige Talent und Vertrauen der ganzen Partei besitzt, um als Führer dieser Partei zu fungieren und somit eigentlich die Wahl zwischen Sella und Minghetti beschränkt bleibt. Aber auch hierin könnte ein Ausweg getroffen werden, ohne einen der beiden gleich hochachteten Männer zurückzulassen, nämlich die Alternative der Gewalt, und zwar derart, daß z. B. während Sella an der Spitze der Regierung steht, Minghetti die Führung der Deputation, welche die Partei des Ministeriums bildet, übernimmt und vice versa. Jedenfalls hat sich nun die Erkenntnis einer neuen Parteidorganisation in der italienischen Kammer Bahn gebrochen; — das Weitere wird sich von selbst geben.

## Frankreich.

Paris, 7. Mai. [Mac Mahon in Orleans. — Seine jetzige Stellung zu den Republikanern. — Ricard. — Aus Ajaccio. — Verschiedenes.] Der Präsident der französischen Republik unternimmt seinen Aufzug nach Orleans in einem günstigen Augenblick. Man hat lange geglaubt, daß die persönlichen Neigungen und Abneigungen des Marschalls ein ernstliches Hindernis für die Einbürgерung der republikanischen Staatsform in Frankreich werden könnten. Hatte doch die Coalition vom 24. Mai in eben diesem Glauben den Herzog von Magenta an Thiers Stelle gesetzt. Nach und nach mußten aber die monarchischen Parteien ihre Hoffnungen bedeutend herabspannen. Die Royalisten sahen sich zuerst durch das Mäßigungen der Restauration in ihren Erwartungen getäuscht; sie haben dem Marschall das bekannte Wort über die weiße Fahne nicht verzeihen können und der Ausbruch ihres Zegers mußte nicht wenig dazu beitragen, Mac Mahon's Glauben an die Aufrichtigkeit seiner angeblichen Freunde zu erschüttern. Hierauf schmälerten sich die Bonapartisten, daß ihre Stunde gekommen und singen an, durch die verwegste Propaganda das Land zu beunruhigen; aber auch sie sahen sich bald eines Besseren belehrt und hatten allen Grund, sich über die Vergänglichkeit des Glücks zu beklagen, wobei sie jedoch, schlauer als die Freunde des Grafen von Chambord, ihren Unwillen über die sogenannte Abtrünnigkeit Mac Mahon's zu verhehlen wußten. Am längsten und zähdesten behauptete die Gesellschaft der de Broglie und Genossen, die ihre Pläne mit dem Mantel eines reactionären Elektrizismus zu verbüllen verstand, durch Schmeichelei und durch den Anschein einer unbegrenzten Verehrung für das Staatsoberhaupt ihren Einfluß in der Präsidentschaft zu sichern. Aber auch sie ist allmälig zu der Einsicht gekommen, daß sie sich in ihrem Urtheil über Mac Mahon's Charakter getäuscht hat. Sie rechnete darauf, daß, wenn auch der Marschall sich wirklich republikanische Einrichtungen gefallen ließe, derselbe doch immer einwilligen würde, die Republikaner im Ernst regieren zu lassen, mit anderen Worten, daß die klug erfundene Theorie von der „Republik ohne Republikaner“ noch ferner eine Wahrheit bleiben werde. Aber der Marschall hat eine Anzahl von Präfekten absetzen lassen, die sich durch ihre persönlichen Beziehungen zur Präsidentschaft gesichert glaubten; er macht keine Einwendungen gegen die Besetzung aller Bürgermeister, durch deren Ernennung die Reaction sich in den Gemeinden die Herrschaft sichern wollte; kurz, er findet sich mehr und mehr in das neue System trotz aller Klagen und Unheilsprophezeiungen, mit denen ihn die Coterie der früheren Machthaber einzuschüchtern suchte. Seit der großen nationalen Kundgebung, aus welcher die jehigen Kammern hervorgegangen, hat der Marschall-Präsident noch keine offizielle Reise gemacht; die enthusiastische Aufnahme, welche er in Orleans gefunden hat, wird ihm beweisen, daß durch den Umschwung der politischen Verhältnisse sein Ansehen bei der öffentlichen Meinung nicht vermindert worden ist; im Gegenthell. Diese Wahrnehmung kann ihn nur bestimmen, in die Absichten eines liberaleren Ministeriums und der parlamentarischen Mehrheit einzugehen. — Die Berichte der Blätter über die Festlichkeiten in Orleans sind bisher nicht besonders interessant. Sie melden von dem herkömmlichen Empfangszeremoniell und den Begrüßungsreden der Behörden, bei deren Beantwortung der Marschall jede politische Ansprache vermied. Den Glanzpunkt des Festes bildete gestern ein Carrousel des 11. Husarenregiments. — Ricards Verhalten seit seiner Rückkehr wird heute wieder in einer ganzen Fluth von Leitartikeln gefeiert. Die „République française“ äußert sich nicht minder anerkennend als die „Débats“. „Das Cabinet“, sagt das Blatt Gambetta's, giebt der öffentlichen Meinung eine wahre Genugthuung, indem es zugleich die Hindernisse verschwinden sieht, an welchen es bisher unnütz seine Kräfte verschwendete. Möge das Ministerium jetzt mit derselben Entschiedenheit die verschiedenen Zweige

der Verwaltung in Angriff nehmen, möge es den Wünschen des allgemeinen Stimmrechts Rechnung tragen und Alles wird ihm leicht werden. Wir haben nicht aus Voreingenommenheit oder zu unserem Vergnügen seit einiger Zeit oft gefeiert; wir hegen keinerlei Feindseligkeit gegen die Personen und das Spiel der Ministerkriegen hat nichts Verführerisches für uns“. Es heißt, daß Ricard, einmal im Zuge, vor Eröffnung der Kammer noch ein drittes Rundschreiben an die Präfekten versenden wird, worin er ihnen empfiehlt, bei ihrem Verkehr mit den Generalältern und Gemeinderäthen die größte Rücksicht für die Vertreter des allgemeinen Stimmrechts zu beweisen. Aus Ajaccio wird gemeldet, daß man die Wahl des Prinzen Térome dort für gesichert hält. Als republikanischer Kandidat tritt nachdrücklich Ceccaldi, der von der Septemberrégierung ernannte Präfect, auf. In Bastia scheint die Wahl Gasabianca's gesichert. — Heute ist der „Corsaire“ wieder erschienen. Das Blatt hält an seinen socialdemokratischen Grundsätzen fest und tritt sofort für die Amnestie ein. — Der Comte Brenier de Montmorand ist an Stelle des Herrn de Geoffroy zum französischen Vertreter in Pékin bestimmt. — In Offenbach hat gestern Abend telegraphisch seine Ankunft in Amerika angezeigt.

## Spanien.

Madrid, 29. April. [Finanzielles. — Zum Toleranz-Gesetz. — Die Fueros.] Der Sturm, den die Vorlage des Herrn Salaverrya, der gewiß den undankbarsten Posten in Spanien bekleidet, herausbeschworen hatte, beginnt sich zu legen. Die Börse von Madrid, — schreibt man der „A. Ztg.“, — hat sich von dem ersten Eindruck erholt und mit dem neuen Steigen der Course scheint auch in der öffentlichen Meinung eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen zu haben. In der That bringt der Entwurf, in so fern er sich auf die Darlegung der traurigen Lage des Finanzwesens dieses Landes bezieht, nichts Neues. Schön lange, bevor der Carlistenkrieg auf der Halbinsel wütete und der Aufstand auf Cuba entbrannte, bildeten die halbjährliche Einlösung der Coupons der consolidateden und die Bezahlung der Zinsen der schwedenden Schuld große Schwierigkeiten, die nur durch neue Ausgabe von 3prozentigen Rententiteln oder durch Benutzung des Privatredits zu außerordentlich hohem Zinsfuß und sonstigen nachtheiligen Bedingungen überwunden werden konnten. Nach den unermesslichen Opfern, die ein langer, blutiger Kampf dem Lande erforderte, nach der Verminderung der Einnahmen durch partielle Einschließung des Grenzolzes, Stockung des Handels und der Industrie, Unterbrechung der directen Verkehrslinien mit dem Auslande, Verschwinden des Vertrauens, des Credits und ansehnlicher Capitalien, die vom heimischen Markt zurückgezogen wurden und nach dem Auslande wanderten, konnte man wahrlich kein anderes Schlussergebnis erwarten als das vorliegende, welches sich in die wenigen Worte zusammenfassen läßt: Unendlich viele Schulden und gänzlich leere Kassen. Mag man nun auch über die vorgesetzten Mittel zur Hebung des Uebels ganz anderer Ansicht sein, so muß man es doch Herrn Salaverry hoch anrechnen, daß er den Mut gehabt, vor allen Augen ein getreues Bild des Staatshaushalts zu entrollen. Zunächst kann nicht genug hervorgehoben werden, daß bei der in Aussicht genommenen Vereinbarung wegen der Staatschuld die Meinung der Inhaber derselben den Ausschlag geben soll. Die Comites von Paris und London werden von ihren Rechten den ausgiebigsten Gebrauch machen; einige inländische haben das schon gethan, wie dasjenige von Barcelona, welches in einer am 24. d. abgehaltenen Versammlung einen scharfen Einspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen an den Präsidenten der Cortes richtete. Es ist in jedem Falle ein Fehler gewesen, ausschließlich die Grundbesitzer, Industriellen und die erwähnten Inhaber heranzuziehen, um die Staatskasse aus der Verdrängnis zu reißen. Hier war es am Platz, in allen Zweigen der Verwaltung Ersparnisse zu erzielen und dann eine gleichmäßige Vertheilung der Lasten auf alle Spanier vorzunehmen; aber, wie gesagt, es handelt sich nur um einen Entwurf, der gerade in diesem Punkte Abänderungen erleiden kann und hoffentlich auch erleiden wird. Mit den neuen Steuern und mit der Vermehrung der den einzelnen Ministerien ausgeworfenen Summen will man sich gleichfalls noch nicht recht aussöhnen, obgleich hier wenig Abhilfe in Aussicht steht, da Herr Canovas daran mit derselben Zäbigkeit festhält, wie am § 11 des Verfassungs-Entwurfs, und jeder Opposition die Stirn bieten will. Großes und anhaltendes Misstrauen erregt die besondere Rücksicht, welche gegen die Geltlichkeit gesetzt wird, die durch ihr Schüren der Kriegsschlame eine Haupturheberin der jetzigen Lage ist. Nicht genug, daß es derselben freigestellt bleibt, dem Staatssekretär ein Viertel ihrer Einkünfte als Geschenk zu übermachen, wird ihr auch für die bis Ende 1874 rückständigen Gehälter eine 3prozentige Rente ausgeworfen, die sich mit der Zeit consolidateden soll. Das ist zu viel Lohn für die Aktion zu Gunsten des Fanatismus und könnte leicht zu erneuter Thätigkeit in dieser Richtung anspornen. Die Dotirung gewisser Mitglieder der königlichen Familie, wie z. B. der Gemahlin des reichen Herzogs von Montpensier, hat ebenfalls sehr unangenehm berührt. Die Dynastie würde an Beliebtheit nichts eingebüßt haben, wenn man die 9% Mill. Pesetas allein für den König festgesetzt und es ihm anheimgestellt hätte, seine Verwandten, die sich nun einmal nicht der Gunst der großen Mehrzahl der Spanier erfreuen, zu bedenken. Dies sind die Schattenseiten des Entwurfs, welche zu lebhaften Unterhaltungen in den Cortes führen dürften. Diese legeren sind inzwischen gestern in die Verhandlung des berufenen Paragraphen 11 eingetreten, und zwar füllte eine Rede des Herzogs von Almenara für die Wiedereinführung der katholischen Einheit die ganze Sitzung aus. Der Herzog holte, wie alle Vertheidiger dieses Ideals, seine Grinde aus der Geschichte, und suchte darzuthun, daß Spaniens frühere Größe nur seiner religiösen Einheit zu danken gewesen sei. Die Anhänger der religiösen Duldung schöpfen aus derselben Quelle, beginnen aber erst bei Philipp dem Zweiten und dem Verfall spanischer Herrlichkeit, um zu dem entgegengesetzten Schluss zu kommen. Während so in der Kammer über den Buchstaben des Paragraphen gestritten wird, steht schon sein Geist an allen Ecken und Enden des Landes, wo clerical Gouverneure das Regiment führen. Ein protestantischer Geistlicher in Sevilla gab vor Kurzem ein kleines Schriftchen heraus, worin den Verleumdungen, welche gegen die von ihm gepredigte Lehre in Umlauf gesetzt werden, entgegengesetzt wird. Das Buch ist sachgemäß geschrieben und enthält keinen Angriff gegen den Katholizismus, wurde aber trotzdem auf Befehl des Gouverneurs mit Beschlag gelegt. Noch schlimmer erging es einem jungen Theologen, Antonio Martínez aus Malaga, der in der Schweiz studirt hat und in Genf gewohnt worden ist, als er kürzlich auf Ansuchen vieler Einwohner der liberalen Stadt Reus in der Provinz Tarragona einen protestantischen Gottesdienst einzurichten wollte. Nicht nur verweigerte ihm der Gouverneur die Erlaubnis dazu, sondern er bedrohte ihn auch mit Anwendung der allerstrengsten Maßregeln, wie sie nur die Dictatur an der Hand hat, falls er sich erdreiste, öffentliche oder Privatversammlungen zu veranstalten. Das sind die Früchte der jetzt an maßgebender Stelle herrschenden Richtung. Wenn solche Vorfälle unter der Regierung des Herrn Canovas vorkommen, der in religiöser Beziehung der duldsame aller Spanier zu sein behauptet, was werden wir dann unter den Moderatos erleben, denen doch früher oder später auch einmal die Leitung der Geschichte des Landes zufallen könnte? — In der Fuerosangelegenheit giebt sich in der gesammten Presse mit jedem

Tage mehr eine Abgeneigtheit gegen jede Art von Zugeständnissen fund. „Impartial“ und „Parlemento“ verlangen, daß den auständischen Provinzen außerordentliche Steuern auferlegt werden, deren Ergebnis zur Bezahlung der Coupons verwandt werden sollte.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 6. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Disraeli in Erwiderung einer Interpellation Butler-Johnstone's, daß der britische Gesandte in Konstantinopel nicht instruiert wurde, der Poste den Staat zu erhalten, sich einer Occupation Montenegro's zu enthalten, weil die Poste eine solche Abhöld offiziell in Abrede gestellt hatte. Auf Beifragen von Sir H. D. Wolff theilte Bourke, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, mit, daß das Gericht, die Regierung der Vereinigten Staaten habe den auf die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern bezüglichen 10. Artikel des Washingtoner Vertrages von 1842 gefundert, der Begründung entbehre.

Sodann lenkte Baillie-Cochrane, der liberale Abgeordnete für die Insel Wight, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Fortschritte Russlands in Asien und insbesondere auf die Occupation des Khanats Kholan. Im Laufe seiner Ausführungen recapitulierte der Redner verschiedene Fazit in der neuesten Geschichte der centralasiatischen Frage, wie z. B. die Mission von Sir Douglas Forsyth nach Kaschgar, die Versicherungen, welche Graf Schmalloff dem Earl Granville ertheilte, die Annexion von Khiva, und der Vorschlag für die Errichtung einer neutralen Zone, die alle in der Annexion Kholans endigen. Unter Reich in Indien, fuhr er fort, hängt viel vom Ansehen ab, und die Gleichmäßigkeit, mit der wir das Vordringen Russlands betrachten, hätte uns viel Ansehen in Indien gesetzt und die Gemüter der vorliegenden Bevölkerung schwankend gemacht. Russland rückt nichtswert auf Kaschgar vor, sondern es würden auch bereits Anstalten für eine Expedition nach dem nur 240 Meilen von Herat — dem Sässhof Afghanistan — gelegenen Meer getroffen. Der Redner citierte dann die Autorität von Mr. Grant Duff und des Earls von Derby für die Behauptung, daß, wenn Russland Afghanistan angreife, es Krieg mit England beabsichtige. Wir sollten, bemerkte Cochrane, gegen das Fortschreiten der Russen eben solche Maßregeln ergreifen, wie gegen das Vordringen einer Flut an unseren Küsten. Zum Schlus bezeichnete er die Vorlegung des zwischen der britischen und der russischen Regierung geschlossenen Schriftwechsels bezüglich der Occupation des Khanats Kholan seitens Russlands, sowie irgend welcher Berichte des Capitains Napier und anderer Offiziere über die indischen Grenzstädte. Forsyth, welcher den Antrag unterstützte, räumte ein, daß England einige Urasche habe, sich über das Verhalten Russlands in Sachen Khiva's zu beschlagen, argumentierte aber daß die Substitution einer geregelten und civilisirten Regierung an Stelle des Barbarismus, der in jenen Regionen herrsche, ein Gewinn für die Menschheit sei. Er erblieb keine Gefahr für Indien aus einer russischen Besetzung Kholands und Kaschgars, weil die einzige Route nach Indien von diesen Ländern aus über drei enorm schwierige, für eine militärische Expedition gänzlich unpassierbare Pässe führe. Die wirkliche Gefahr läge in einem Vordringen Russlands aus dem Westen und Nordwesten — von Kandahar über den Bolan-Pass und Kabul über den Kyber-Pass, für welche Pässe Herat den Schlüssel bildet. Herat stehe aber auch den Russen offen durch zwei Routen von Tauchend via Merv, das 600 Meilen von Tauchend und 240 Meilen von Herat entfernt sei oder via das Atred Thal. Als die beste Schutzwelt gegen das Fortschreiten Russlands in Central-Asien bezeichnete Forsyth freundliche und herzliche Beziehungen mit Afghanistan und Persien. Sir G. Campbell bemerkte, daß, seitdem der Premierminister seine berühmte russophobische Cullarung abgegeben, der Aspekt der centralasiatischen Frage sich wesentlich verändert hätte, umso mehr, als wie er Grund zur Annahme habe, die Rede nicht bloß geballt wurde, um den Titelbill Vorschlag zu leisten, sondern eine aggressive Politik in Bezug auf die centralasiatische Frage einzuleiten und zwar dies gegen die Ansicht der indischen Regierung. Als Beweis dafür erwähnte Sir George die Absehung von Sir L. Polley nach Indien und die jüngsten Vorgänge in Khetat. Er stimmte mit Forsyth überein, daß keine Gefahr von Kholand und Kaschgar aus zu befürchten sei, und in Samarkand sei Russland 1260 Meilen von der indischen Grenze entfernt. Die über die mahomedanische Bevölkerung in Indien ausgedrückten Befürchtungen mißbilligend, drückte der Redner die Überzeugung aus, daß Englands gegenwärtige Position in Indien nicht so precär sei als dargestellt werde. Er räumte indes ein, daß im Laufe der Zeit Russland ein unangemehmer Nachbar für Indien werden könnte, und da es zugleich sei zu versuchen, mit demselben zu einer Verständigung zu gelangen, da es Verträge nur so lange beobachte, als ihm dies passe, würde es Englands weisestes Verhalten sein, mit seinen Hilfssquellen haushalterisch umzugehen, sein Pulver trocken zu halten — kurz eine Politik meisterhafter Unthätigkeit zu verfolgen und vor Allem Afghanistan nicht zu beunruhigen oder zu entzweien. Butler-Johnstone führte aus, wie Indien in Europa durch eine Rückkehr Englands zu seiner alten Seesolität und seinem Rücktritt von der Pariser Declaration verteidigt werden könnte. Sir H. Havelock teilte nicht die optimistischen Anschaungen Campbell's; er prophezeite, daß die Krise in Centralasien innerhalb der nächsten Jahre eintreten werde. Das Vordringen Russlands verglich er mit der Bewegung eines Krebses — eine Scheue ruhe auf Kholand und die andere irgendwo am Schwarzen Meere — und er beklagte, daß England unvorbereitet sei, ihm in irgend einer Richtung zu begegnen. Insbesondere verbreitete er sich über die Unabhängigkeit der indischen Einwohner-Armee. Dann nahm Disraeli Namens der Regierung das Wort.

„Unsere Aufmerksamkeit“ — begann er — „wird heute auf unser indisches Reich in Folge der jüngsten Eroberung des Khanats Kholan Seiten Russlands gelenkt. Nun, das ist kein Ereignis, welches von denjenigen, die diesem Thema viel Aufmerksamkeit schenken, nicht anticipirt worden ist. (Hört, hört.) Ich glaube, daß von der Zeit der Eroberung Tauchends — vor etwa 10 Jahren — ab Jedermann der Ansicht gewesen sein mußte, daß die Eroberung aller dieser Khanate seitens Russlands fast unvermeidlich war und daß es lediglich eine Frage der Zeit war, die in hohem Grade von dem Verhalten der Einwohner selber abhing. Dieser Eroberungszug bedroht keineswegs unser indisches Reich. Mein ehrenwerther Freund sagt, daß wir zu irgend einer Verständigung mit Russland gelangen sollen. Das ist ein sehr bages Wort, und ich weiß nicht, daß unsere „Verständigungen“ mit Russland sich jemals völlig verwirklicht haben. Mein ehrenwerther Freund befandt in seiner Rede, wie mir scheint, den Plan einer neutralen Zone als einen, der in Gebrauch gebracht und von Russland und Großbritannien sanctionirt wurde. Aber es ist in irgend einem Protocoll oder Vertrage ausdrücklich, die Idee, daß Großbritannien und Russland vereinbarten, eine neutrale Zone in einer diplomatischen Depeche war. (Hört, hört und Gelächter.) Sie wurde niemals in irgend einer Conferenz oder einem Kongreß acceptirt, noch wurde sie in irgend einem Protocoll oder Vertrage ausdrücklich. Die Idee, daß Großbritannien und Russland vereinbarten, eine neutrale Zone zwischen den resp. Reichen herzustellen, und daß Russland während dieser ganzen Zeit die vereinbarte neutrale Zone systematisch verletzte, ist eine jener Täuschungen, die nachdem sie sich erst einmal in öffentlichen Gemüth festgesetzt, sehr schwierig daraus zu entfernen sind. Thatsache ist, daß die Staatenmänner der verschiedenen Mächte niemals eine neutrale Zone vereinbarten. Mit Bezug auf „Verständigungen“ so gab es eine „Verständigung“ betreffs Khiva's, aber wir müssen alle zugeben, daß dies eine höchst ungünstige Verständigung war, weil sie Niemand verstand. Der Regierung wird die große Wichtigkeit eines guten Einvernehmen mit Afghanistan an's Herz gelegt. Ich glaube, daß Ihrer Majestät Regierung von der Wichtigkeit, die besten Beziehungen mit Afghanistan herzustellen und diese Beziehungen zu pflegen, völlig durchdrungen ist, aber obwohl wir höchst bestrebt für die Wohlfahrt, den Frieden und die Macht Afghanistan sind, können wir doch nicht blind gegen die sehr unbedeutende Lage dessen jehiger Regierung sein. Aber das ist nicht ein Stand der Angelegenheiten, dem nach unserem Ermessens durch Anwendung von Gewalt abgeholfen werden kann. Nur durch die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen und durch den allmäßigen Einfluss unseres kommerziellen Verkehrs können wir jene Position in Afghanistan erlangen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Friedens nötig ist.“ Dann wendete sich der Premierminister den Neuerungen Sir George Campbells zu, daß er ein Russophobist sei und neulich während der Debatte über die Titelbill eine Drohung gegen Russland ausgestossen habe. Um dem Vorwurf des Russophobismus zu begegnen, citierte er Stellen aus früheren Reden zum Nachweis dessen, daß er stets der Ansicht gewesen ist: Asien habe Raum genug für Russland wie für England. „Es ist kein Grund vorhanden“ — fuhr Disraeli fort — „warum wir die natürliche Entwicklung Russlands in Asien mit Eiferlust zu verstellen sollten, so lange ihm von der Regierung dieses Landes klar zu verstehen gegeben wird, daß wir enttäuschen sind, unser Indisches Reich nicht blos aufrecht zu erhalten und materiell wie moralisch zu stärken, sondern auch unsern legitimen Einfluss im Orient hoch zu halten. (Hört, hört.) Russland ist, soweit ich irgend welchen Einfluss in der Leitung unserer Angelegenheiten gehabt habe, von diesen Ansichten völlig in Kenntniß gesetzt worden, und nicht allein das, es hat dieselben mit einem guten Einvernehmen zwischen den zwei Ländern für vereinbar erachtet. (Hört, hört.) Ich glaube in der That, daß zu keiner Zeit ein besseres Einvernehmen zwischen den Höhen von St. James und St. Petersburg geherrscht hat als im

gegenwärtigen Augenblick, und dieses gute Einvernehmen ist lediglich dem Um-  
stande zugeschrieben, daß unsere Politik eine klare und freimütige ist. Meine  
neulichen Bemerkungen, die von einzelnen Mitgliedern dieses Hauses als  
indiscret betrachtet und als eine Drohung gegen Russland interpretirt wurden,  
drückten die einstimmige Meinung eines einzigen Cabinets aus, und diese  
Meinungen sind von dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten dem  
Vertreter Russlands in diesem Lande in klarer Sprache übermittelt worden.  
Ich sage ohne Zweifern, daß nur durch einen freimütigen Ausdruck unserer  
Ansichten ein gutes Einvernehmen zwischen den zwei Reichen behauptet wer-  
den kann. Aber es giebt eine andere Weise, in welcher unsere Angelegen-  
heiten geleitet werden mögen, und eine andere Weise, alß das, was von  
Russland in Asien gethan wird, zu beurtheilen. Wir mögen es mit schwei-  
gendem Argwohn überwachen, und wenn ein für uns unangenehmer Umstand  
eintritt, murren, ohne je zu handeln. . . . Weit davon entfernt, mit Unruhe  
auf die Entwicklung der Macht Russlands in Centralasien zu blicken, sehe  
ich keinen Grund, warum es die Tartarei nicht eben so erobern sollte wie  
England Indien eroberte. Ich wünsche nur, daß die Bevölkerung der Tar-  
tarei ebenso viel Vortheil davon ziehen möge von Russland erobert worden  
zu sein, als das indische Volk aus seiner Eroberung durch England profitierte."  
Der Antrag auf Vorlegung der erwähnten Schriftstücke wurde hierauf vom  
Hause abgelehnt, trotzdem Cochrane sich erbost, denselben zurückzuziehen.  
Vor fast leeren Bänken brachte alsdann Charley die jüngsten Ereig-  
nisse auf der Insel Barbadoes zur Sprache. Er tadelte sehr streng  
das Verhalten des Gouverneurs Hennessy, der, wie er behauptete, versuchte,  
der Insel eine Conföderation aufzubringen und die schwarze Bevölkerung auf-  
wiegelte, um die Legislatur einzuschüchtern und die constitutionelle Regierung  
der Insel der Verachtung preiszugeben. J. Lowther, der Unterstaats-  
sekretär für die Colonien, bat das Haus, sein Urtheil über die Angelegenheit  
zu suspendiren, bis ihm der amtliche Schriftwechsel darüber vorgelegt sein  
würde. Er fügte hinzu, daß Lord Carnarvon den Gouverneur Hennessy auf-  
gefordert habe, eine vollständige Erklärung über sein Verhalten abzugeben,  
und daß den neuesten Berichten von der Insel aufzufolge keine Ursache vor-  
handen sei weitere Unordnungen zu befürchten. Damit wurde der Gegen-  
stand verlassen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erbat sich Sir H. Wolff  
von der Regierung Erklärungen über die künftige Verwaltung des  
Suezcanals, wobei er das Arrangement betreffs der drei englischen Direc-  
toren, sowie die anderen Vorschläge, soweit dieselben bekannt sind, einer  
festigen Kritik unterzog und die Argumente wiederholte, die er vor Ostern  
zu Gunsten des Aufkaufs der übrigen Actien und der Canalsfirma des Canals  
vorgetragen hatte. Der Schatzkanzler hob in seiner Erwiderung  
mit Bezug auf die Neutralisationsfrage hervor, daß, wenn irgend  
ein solches Project nicht zur Sprache gebracht werden sollte. Eng-  
lands Interessen an dem Kanale die Regierung in den Stand sezen  
würde, dasselbe in hohem Grade zu fördern. Als die Regierung die Actien  
kaufte, um sie nicht in unbekannte Hände übergehen zu lassen, kaufte sie die-  
selben mit allen Verbindlichkeiten und Bedingungen, einschließlich des streitigen  
Stimmrechts. Die Regierung könne nicht erwarten, daß die Canalges-  
ellschaft ihre Statuten ändern solle, aber die Ernennung der drei Commissäre  
würde den englischen Interessen Vertretung gewähren. Dieser Vorschlag so-  
wie die Frage der Uebertage seien zwischen Oberst Stokes und Herrn de Lejeeps  
vereinbart worden, aber mit Bezug auf die Uebertage sei es nothwendig ge-  
wesen, das Handelsamt und andere Departements sowie auch die Seemächte  
zu consultiren. Diese Arrangements seien noch nicht entgültig geregelt, aber  
ihre Natur werde sich, wie er glaube, sowohl für die Actionäre wie für die-  
jenigen, welche den Canal benutzen, als vortheilhaft erweisen.

# Provinzial - Zeitung.

△ Breslau, 9. Mai. [Extrafahrzeuge nach dem Fürstensteiner Grunde.] Am Himmelfahrtstage, dem ersten und zweiten Pfingstfeiertag, so wie vom 28. d. Mts. jeden Sonntags werden Extrafahrzeuge von Breslau nach Freiburg zum Besuch des Fürstensteiner Grundes, Salzbrunns &c. abgelassen. Der Fahrpreis ist, wie wir hörten, für dieses Jahr für die II. Klasse auf 2 Mark 20 Pf., III. Klasse 1 Mark 80 Pf. für Hin- und Rückfahrt normirt.

△ **Gepäck-Überfracht.** In Bereich des Deutschen Zoll-Verbandes, zu welchem fast alle deutschen Eisenbahn-Verwaltungen gehören, wird vom 1. Juni ab eine neue Berechnungsweise für Gepäck-Überfrachtstypen eingeführt. — Bisher wurde der Berechnung als Einheit 5 Kilogramm zu Grunde gelegt, jetzt werden die Kosten nur nach 10 Kilogr. berechnet; so zwar, daß auch bei Aufgabe nur eines Kilogramms die Kosten für Beförderung von 10 Kilogramm zur Erhebung kommen. — Wurden früher für 5 Kilogramm Übergewicht von Breslau nach Berlin 80 Pf. erhoben, so müssen jetzt für Beförderung desselben Gewichts 1 Mark 60 Pf. gezahlt werden. — Auch wollen einige Verwaltungen die früher übliche, sogenannte abgeschaffte Expeditionsgebühr für Expedition des Passagiergepäcks zum Betrage von 10 Pf. pro Gepäckstück wieder zur Einführung bringen. — Selbstverständlich werden die Maßnahmen dazu führen, daß die Reisenden viel Gepäck zu sich in den Wagen nehmen und den Raum daselbst beengen.

—d. [Univeritatis Stipendien.] Von den unter der Verwaltung

des hiesigen Magistrats stehenden Stipendien sind gegenwärtig folgende  
vacant: 1) Senatorium III., ohne Facultätsbestimmung, 100 M. 2) Albrecht.

vacant: 1) Senatorium III., ohne Facultätsbestimmung, 100 M. 2) Abrecht, für Juristen, event. ev. Theologen, die früher Schüler des Elisabetans waren, auf 3 Jahre, jährlich 60 M. 3) Büttner II. B., für Verwandte des Stifters, event. einen in Breslau geborenen Stud. theol., 105 M. 4) Finger II., für einen Studirenden der Philosophie oder Theologie oder Medicin aus Schlesien, der früher Schüler des Elisabetans war, auf 3 Jahre, jährlich 150 M. 5) Hadanumer, für einen Stud. jur., vornehmlich für Verwandte des Stifters, auf 3 Jahre, jährlich 120 M. 6) und 7) Kössler I. und II., für einen ev. Theologen; Söhne von hiesigen Geistlichen und Lehrern haben den Vorzug; à 100 M. 8) Krebs, für Studirende aus Hermendorf u. Raudnitz, event. aus Breslau, welche in Halle ev. Theologie studiren, auf 3 Jahre, jährlich 97 M. 9) Poppius, für Söhne der Geistlichen zu St. Elisabet, St. Maria-Magdalena und St. Bernhardin, 322 M. 10) und 11) v. Säbisch I. und II., für Verwandte des Stifters, event. einen Stud. theol. ev., à 95 M. 12) Schieferdecker, für arme Studirende ev. Religion, auf 3 Jahre, 120 M. 13) Twardy, zunächst für Verwandte des Stifters und Söhne des Predigers zu St. Christophori, 450 M. 14) bis 17) v. Uthmann I—IV., zunächst für Verwandte des Stifters, ohne Facultätsbestimmung, à 72 M. 18) und 19)

Vincentianum I. und II., zunächst für Verwandte des Stifters, dann für Söhne hiesiger Goldarbeiter, eben für Söhne von hiesigen Geistlichen und Schullehrern, à 100 M. 20) v. Wartofsch, in erster Reihe für arme Verwandte des Stifters, in Ermangelung derselben für bedürftige Studirende ohne Unterschied der Facultät. Die Bewerbungsgezüche sind unter Beifügung der üblichen Zeugnisse, sowie unter Angabe der Wohnung, des Geburtstages und Geburtsortes der Petenten bis zum 15. Mai an den hiesigen Magistrat zu richten.

△ [Zur Feuerbestattung.] Die „Breslauer Zeitung“ brachte vor einiger Zeit im Feuilleton eine Mittheilung, welche die geringe Thätigkeit des Berliner Vereins für Leichenverbrennung erwähnte. In der Zwischenzeit ist der Berliner Verein nicht unthätig gewesen und hat u. A. eine Sammlung für den ersten deutschen Feuerbestattungsofen in Gotha in die Hand genommen. Dagegen klagt das „Correspondenzblatt zur Förderung der Feuerbestattung“ in seiner neuesten Nummer in einem Breslauer Briefe sehr über das Hinscheiden des Breslauer Vereins. Und doch berechtigte Anfangs der Verein mit 150 Mitgliedern (und einem Zweigverein in Gogolin) zu den besten Hoffnungen. Theodor Delsner erinnerte seiner Zeit daran, daß gerade die Provinz Schlesien das Mutterland der Agitation für die Leichenverbrennung in Deutschland ist. Schon 1855 hielt der Stabsarzt Dr. Trusen aus Neisse in der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur einen Vortrag, dem später eine Schrift folgte: „Die Leichenverbrennung als die geeignete Art der Todtenbestattung. Breslau, 1855“; — indessen gelang es weder ihm, noch der im folgenden Jahrzehnt eifrig thätigen begabten Schriftstellerin Friederike Kempner (Deutschschrift über die Notwendigkeit einer

geselllichen Einführung von Leichenhäusern. Breslau, 1867. 6. Aufl.) der Sache viel Anhänger zu erwecken. Der Breslauer Correspondent schreibt ferner, indem er die Vereine für öffentliche Gesundheitspflege zu einer Theilnahme für Feuerbestattung für verpflichtet hält: „Auch in Breslau haben wir auf diesem Felde die gediegensten Kräfte, vor Allem die „Section für öffentliche Gesundheitspflege“ der Schles. Ges. für vaterl. Cultur, worin die Herren Geh. Rath Prof. Dr. Biermer,

irken. Weshalb soll dieser Verein die Feuer-Idee nicht zu seinem Schüpfing machen, besonders da der erste Anstoß zu diesem eminenten Culturschritt auf vaterländischem Boden gegeben worden ist? Ein Landeskind bereits vor zwei Jahrzehnten der Idee im Schöpfer-Gesellschaft das Wort redete? Der Gesundheitszustand Breslau hat vieles zu wünschen übrig, und wenn man auch nicht müßig in der Befestigung von Lebendständen, so mißachtet man doch vollständig die Feuerbestattungsfrage. Die hiesigen Kirchhöfe sind nicht am besten geschaffen. Auf dem Christophori-Kirchhof liegen die zum Theil noch verwesten Leichen in mehreren Stockwerken übereinander. Noch vor wenigen Jahrzehnten war man genötigt, 3—4 Särge übereinander die Erde zu senken, und selbstem dies die Polizei verboten hatten sich Zug um Zug die Friedhöfe und in immer größerer Rasche müssen neue werden". — Als hinderlich erscheint dem Verfasser u. a. das Verhalten des Herrn Geheimrath Prof. Dr. Bierer, der sich (1874) in Zürich Herrn Wegmann-Erolant gegenüber ungefähr dahin ausgesprochen: „Er sei als Hygienist und Kliniker natürlich für Verbrennung, als Gerichtsarzt, Anthropologe und Antiquar aber dagegen, und als Gemüths Mensch sei er noch bestenshaft; er sieht der Agitation für Verbrennung mit Interesse entgegen, aber er kann sich nicht entschließen, ihr unbedingt das Wort zu reden; die hygielinischen Rücksichten allein können bei ihm nicht ausschlagend sein, denn so fehlerhaft auch das bisherige System der Verbrennung in der Nähe der Wohnung ist, so kann man doch nicht behaupten, daß das Verbrennen der einzige Ausweg sei. Die Verbrennung der Lust und Brunnen durch cadaveröse Zersetzung producire läßt sich, wenn man die Kosten nicht scheut, auch noch anderem Wege unschädlich machen. Das Begraben der Leichen ist nur ein Glied der Kette der Gefahren", welche der Mensch sich selber bestellt". — Diese Ansicht unseres berühmten neuen Landsmannes, von jungen Jahren geäußert, erscheint um so interessanter, als sie wohl die Durchschnittsansicht der gebildeten Welt über die Leichenverbrennung noch jetzt repräsentirt.

\* [April-Witterungs-Vericht aus Bunzlau.] Der diesjährige April zeichnete sich durch ungewöhnlich hohe mittlere Temperatur und durch starke Regengüsse aus. Oestliche Windrichtung brachte am Anfang des Monatsirode Luft und ziemlich heiteren Himmel, und obgleich vom 4. an westliche Windrichtung vorherrschend wurde, so blieb doch die Bewölkung des Himmels bis zum 15. eine mäßige, bis zu diesem Tage fielen wenige

gehören — auch hier die freiwillige Auslieferung der Kirchenschlüssel verweigert, so daß die eine und andere Thür durch einen herbeigeholten Schlosser geöffnet werden mußte. Dagegen hatte man sich jeder Versammlung der Thüren enthalten, so daß die Déschnung in sehr kurzer Zeit und ohne Verlehung irgend eines Gegenstandes bewirkt werden konnte, auch in der Kirche selbst war nichts beschädigt, nur daß ein dummer Junge — so darf man den unbekannten Thäter wohl nennen — sich das kindische Vergnügen gemacht, daß Glocken durchzuschneiden und das abgeschnittenen Stück in einen Winkel der Kirche zu legen, es wurde bald aufgefunden und wieder angebracht; damit war der Schaden reparirt und das Glöcklein der Kirche klang so hell und rein als je zuvor. Zur besonderen Ehre gereicht den hiesigen Ultramontanen, daß sie den Altkatoliken freiwillig sogar mehrere Messgewänder mit allem, was dazu gehört, in der Sacristei der Kirche zurückgelassen haben. Wir wollen darin ein gutes Zeichen erblicken und der Hoffnung uns hingeben, daß der hiesige Ultramontanismus mehr und mehr den sonst üblichen Fanatismus ablegen und in einem wahrhaft christlichen Geiste, dessen er sehr bedarf, wieder erstarken möge. Es steht ihm das bei einem guten Willen um so leichter werden, als er sich mühelos davon überzeugen kann, daß die Gottesdienste der Altkatoliken in der That nur der religiösen Erbauung dienen wollen und wirklich dienen. Das hat der heutige Gottesdienst wieder glänzend bewiesen. Die Altkatoliken hatten mehrere Tage hindurch tüchtig arbeiten lassen, um der St. Annakirche ein würdiges Ansehen zu geben. Das geräumige Gotteshaus war bis in den letzten Winkel von dem massenhaft in ihm lagernden Staube und Schmutze gereinigt worden und mit Guirlanden und frischen Laubhölzern anmutig geschmückt. Punkt 10 Uhr begann die h. Messe; nach dem Evangelium bestieg Prof. Weber die Kanzel. Er knüpfte seine Ansprache an die Worte Christi in dem heutigen Evangelium: „Ich werde Euch wiedersehen und Euer Herz wird sich freuen und Eure Freude wird Niemand von Euch nehmen.“ Die sehr zahlreiche Zuhörerschaft, unter der viele schlichte Landleute sich befanden, lauschten den Aufführungen mit gespanntester Aufmerksamkeit. Nach der Predigt wurde die h. Messe fortgesetzt. Bei der Communion wurden zunächst zwei Knaben zum ersten Mal zum h. Abendmahl geführt, worauf dann noch einige 20 erwachsene Personen das h. Abendmahl empfingen. Die Messe wurde geschlossen mit Absingung des Lobgesanges: „Großer Gott.“ Der Eindruck, welchen die, namenlich auch durch einen würdigen Gesang verherrlichte Feier machte, wird sich nicht so leicht verwischen. Die Hunderte von Andächtigen, welche dem Gottesdienst beigewohnt, werden in den verschiedensten Kreisen Zeugnis von denselben ablegen und hierdurch dem Altkatolizismus zur weiteren Verbreitung dienen. Wir sind dessen gewiß; denn mancher der von dem Lande herbeigeströmten äußerte nach dem Gottesdienst ganz offen: „Es war sehr erbaulich und echt katholisch, wir sind über die Absichten der Altkatoliken und über ihre Gottesdienste durchaus im Irrthum gewesen und gelöscht worden.“ Der nächste altkatholische Gottesdienst in der St. Annakirche findet am 28. Mai statt.

© Rosenberg, 7. Mai. [Unerwartete Ankunft. — Renovation eines alterthümlichen Gotteshauses. — Renovationsbau der hiesigen katholischen Pfarrkirche.] Ganz unerwartet kam der königliche Regierungs- und Schulrat Prange aus Oppeln hier selbst an und hielt im Laufe der Woche vom 1. bis 6. huj. in Begleitung des hiesigen königlichen Kreis-Schul-Inspector Schreier, dem auch bis auf Weiteres die Wahrnehmung der Funktionen der Schul-Inspektion Kreuzburg übertragen ist, im hiesigen und in den Nachbarkreisen Schulrevisionen ab. Im hiesigen Kreis-Schul-Inspektionsbezirk wurden die Schule zu Alt-Rosenberg und die zu Schierlau revidirt. — Die etwa  $\frac{1}{2}$  Meile von hier an der nach Landsberg führenden Chaussee gelegene und fast ringsherum von dichten Nadelwäldern umgebene, alterthümliche Kirche ad St. Annam, aus colossalen, nur mit der Art behauenen Stämmen angeblich im Jahre 1415 erbaut auf Veranlassung der Augustinermönche zu Barizk hiesigen Kreises, dicht an der polnischen Grenze, woselbst nach Abbruch des Schmograuer Kirchleins jetzt das älteste Gotteshaus in Schlesien steht, hat eine umfassende Restaurierung und Renovation im Innern und Außen her erfahren, wodurch es als Denkmal alter Zeit noch recht lange erhalten werden dürfte. Auch ist diese Kirche mit einer prächtig klingenden neuen Orgel geschmückt worden, erbaut von dem geschickten und strebsamen, in Oberschlesien und im benachbarten Grenzlande Polen durch seine soliden, zweck- und preismäßigen Orgelwerke in gutem Ruf stehenden Orgelbaumeister Tschopka hieselbst. Desgleichen wird jetzt auch die hiesige, früher zu dem reich begüterten Kloster der regulirten Augustiner-Chorherren gehörige, in Kreuzform erbaute, alterthümliche Pfarrkirche einem durchgreifenden Renovationsbau unterworfen. Von besonderer Wichtigkeit für die große Kirchengemeinde ist der Umstand, daß hierbei die uralte und schon sehr gebrechliche Orgel, welche die Andacht der Gläubigen so oft gestört und den Organisten fast zur Verzweiflung gebracht hat, nunmehr zum Abbruch gekommen ist und durch eine neue auf 6662 M. veranschlagte ersetzt wird. Der Bau derselben ist dem vorgenannten Orgelbaumeister Tschopka hieselbst übergeben worden. — Ob nun jeder hierorts domicilierte Katholik, der die Erklärung abgibt, seine eigene Religion zu haben, dadurch von der Beitragspflicht zu dem von der königlichen Regierung als Patronatsbehörde genehmigten, umfassenden Reparaturbau, einschließlich der Orgel auf 10,662 M. veranschlagt, befreit sein dürfe, wird wohl, da ein solcher Fall bereits vorliegt, von den competenten Staatsbehörden entschieden werden müssen.

Berlin, d. Mai. Die heutige Börse war sehr ruhig, selbst in den Täufen, die zu den belebteren zählen, gestalteten sich die Umsätze klein und unbedeutend und vollzogen sich auch mit jener Schwerfälligkeit, die ein charakteristisches Zeichen für die vollständig fehlende Lust zu geschäftlicher Thätigkeit dokumentirt. Weder boten die Beziehungen nach außen der Börse Veranlassung zu regerem Verkehr, noch war in den inneren Verhältnissen ein Wechsel derart zu erkennen, daß dadurch Transactionen hätten eingeleitet werden können. Nur der Verkehr in Bahngactien trug ein lebendigeres Gepräge, daß er allerhand Anregungen zu danken hatte. Geld ist flüssig und finden feinste Briefe im Privatwechselverkehr leicht zu  $2\frac{1}{2}$  p.C. Unterkommen. Die internationalen Speculationspapiere setzten etwas unter den Schlussofzuren vom Sonnabend ein, hoben sich zwar dann etwas, erreichten trotzdem aber nicht die letzten Schlussnotirungen. Lombarden haben eine größere Courseinbuße (5 Mark) erfahren. Österreichische Nebenbahnen waren im Allgemeinen milder, nur Galizier machten gewissermaßen eine Ausnahme und trugen eine unbedeutende Coursesteigerung davon. Locale Speculations-Effecten fanden wenig Beachtung. Disconto-Commandit ließen etwas nach, 113,20, ultimo  $112-111\frac{1}{2}-112\frac{1}{4}$ , Dortmunder Union 7, Laurahütte 58%, ultimo 57,40—58. Auswärtige Staatspapiere wurden mäßig umgesetzt, Oesterl. Renten und 1850er Loose waren fest, Italiener und Türken bewegten sich jedoch in matter Haltung und ließen lediglich namentlich im Course nach. Russische Wertthe fanden verhältnismäßig nur wenig Beachtung. Gegen den Schluss machte sich eine gewisse Mattheit bemerkbar, Prämienanleihen notirten niedriger. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt, aber nicht gerade matt. Größere Regsamkeit entwidete das Geschäft in Eisenbahns-Prioritäten. Preußische Dibüjen trugen einen sehr festen Charakter, auch waren österreichische Prioritäten ziemlich fest, Chemnitz-Komotau gefragt, Kaschau-Doerberg und Lemberger höher. Russische Prioritäten vernachlässigt. Auf dem Eisenbahnauctiemarkte war auch heute die Speculation nicht unthätig, besonders bevorzugt zeigten sich Rheinische, deren Dividende jetzt auf 8%, ja selbst auf 8 $\frac{1}{2}$ % geschätzt wird, ebenso verbreitet man die Ansicht, daß auf Halberstädter Lit. A. 4% entfallen dürften. Stettiner blieben beliebt, nachdem das in letzter Zeit den Markt beeinflussende Verkaufsmaterial festes Unterkommen gefunden. Die schweren Achten behaupteten gute Festigkeit, leichte Bahnen verhielten sich biller, nur Ostpreußische Südbahn und Nahabahn ziemlich rege, Berlin-Dresden in einem Verkehr. Siamm-Prioritäts-Actien fast sämtlich recht belebt und sehr fest, Märk.-Posener auf die Hoffnung des Anfalls seitens des Staats. Bank-Actien im Allgemeinen still, aber ziemlich fest. Deutsche Bank fest und höher. Centralbank für Bauen, Sächsische Bank und Essener Creditbank anzuhend. Börsen-Handelsverein besser, Norddeutsche Grund-Credit und Breslauer Discont wurden zu höheren Coursen ziemlich lebhaft umgesetzt, Schaffhaeu zog ebenfalls an, Gewerbebank matter. Industriepapiere meist geschäftslos, Centralstrasse gefragt, Flora offiziell, Centralfactorei fest. Montanwerthe blieben sehr ruhig. Gelindenkirchen und Bergisch-Märkische Bergwerke steigend. König Wilhelm niedriger, Pluto zu beragsgesetzter Notiz gesucht. — Um 2% Uhr: Geschäftstlos. Credit 234, Lombarden 146%, Franzosen 448%, Reichsbant 157, Disconto-Commandit 112, Dortmunder Union 7, Saarhütte 58 gal., Mindenster 102%, Rheinische 1184.

London, 8. Mai. Bei der heutigen Wollversteigerung schloß die achtzehn

Wobin, S. Mat. Bei der heutigen Zusatzauktion fanden die zweite Serie der Colonialwollen-Auction. Für fehlerhafte Wollen waren die Preise unregelmäßig, während andere zu den laufenden Preisen verkauft wurden.

# Berliner Börse vom 8. Mai 1876.

## Wechsel-Course.

Amsterdam 100fl.	8 T. 3	169,45 bz
do. do.	2 M. 3	168,55 bz
London 1 Ltr.	3 M. 2	20,29,5 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 4	80,95 bz
Petersburg 100RSR.	3 M. 6 <sup>1/2</sup>	260,70 bz
Warschau 100SR.	8 T. 6	264,70 bz
Wien 100 fl.	8 T. 4 <sup>1/2</sup>	169,30 bz
do. do.	2 M. 4 <sup>1/2</sup>	168,30 bz

## Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4% consol.	4%	104,59 bz
do. 4%ige	4%	99,75 bz
Posenische neue.	4	94,90 bz
Schlesische	3 <sup>1/2</sup>	86 bz
Kur. u. Neumärk.	4	87,80 bz
Posenische	4	97,10 bz
Posenische	4	97 R
Pruessische.	4	97,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	8	86,50 bz
Sächsische.	4	98,90 bz
Schlesische	4	97,10 G
Badische Präm.-Anl.	4	118,10 bz
Bayerische 4% Anleihe	4	120,30 bz
Cöln-Mind. Prämienzins	3 <sup>1/2</sup>	109,75 bz
Gurh. 40 Thaler-Loose	255 bz	
Badische 33 Fl.-Loose	135,25 bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe	81,89 bz	
Oldenburger Loose	133,50 G	
Ducaten —		Erem. Bkn. 99,86 bz
Bover. 20,23 G		einf. L. eip.
Napoleons 16,19 B		Oest. Bkn. 169,70 bz
Imperials —		Euss. Bkn. 266 bz
Dollars —		

## Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	4%	101,75 bz
Unk. Pfd. d.Pf. Hyp.-Pfd.	4%	99 bzG
do. do.	5	100,20 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	4%	96,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bd.-Cr.	4%	109,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rücksb. à 110	5	107,10 bz
do. do. do.	4%	98,50 bz
Enk. H.D.Pf.Bd.Crd.Bd.	5	—
do. IL En. do. 5	103,36 bzG	
do. 4% do. do. m. 110	4%	96,23 bz
Melninger Präm.-Pfd.	4	101,10 bz
Oest. Silberpfandbr.	5%	—
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	87,75 bz
Pfd.b.d. Crd.-Cr. G.	5	100 G
Schles. Bodeuer.-Pfd.	5	94 G
Bädd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	101,75 B
do. 4% 4% 4%	5	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5%	41 B

## Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente.	4%	69,60 bzG <sub>1/4</sub>
(1/1,1/2,1/3,1/4,1/5,1/10)		1/1,10,59 bz
do. Papierrente.	4%	56,40 bz
(1/1,1/2,1/3,1/4,1/5,1/11)		56,60 bz
do. 64er Präm.-Anl.	4	99 bz
do. Lott. Anl. v. 60.	5	181,60 bz
do. Credit-Loose.	5	306 bzG
do. 64er Loose	5	261 60 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	173,70 bz
do. do. 100	5	168,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,70 bzB
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	89,23 G
Eins. Poln. Schatz-Obl.	5	89,20 bz
Pola. Pfndbr. III. Em.	4	—
Pola. Liquid-Pfandbr.	4	68 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,10 G
do. do. 1886	5	101,33 G
do. 5% Anleihe	5	102,10 G
französische Rente.	5	—
Ital. neue 5% Anleihe	5	70,80 bz
Ital. Ital. Bk. Oblig.	6	161 bz
Raab-Grazr. 100Thr.L.	4	72,40 bz
Rumanische Anleihe.	8	95 bz
Türkische Anleihe.	5	10,60 G
Ung.-S. St. Eisenb.-Anl.	5	69,90 bzB
Eisenb.-Loose 31 bz		

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berg.-Märk. Serie II.	4%	—
do. III. v. St. 34.	3%	85,10 G
do. do. VI.	4%	98,60 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	104,90 bz
Berlin-Görlitzer.	5	102 G
do. Lit. C.	4	92,75 B
Breslau-Freib. Lit. D.	4	89,25 bz
do. do. E.	4	95,55 G
do. do. F.	4	95,50 G
do. do. G.	4	—
do. do. H.	4	—
do. do. K.	4	96 B
Görl.-Minden III. Ltr.	4	99,50 G
do. Lit. B.	4	99,50 bzG
do. . . IV.	4	93 B
do. . . V.	4	90,50 B
Halle-Serau-Guben.	5	96,60 bzG
Hannover-Altenbeken.	4	95,20 bz
Märkisch-Posen.	5	102 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98 bz
do. do. II. Ser.	5	95,40 bz
do. do. III. Ser.	4	95 B
do. do. III. Ser.	4	96,50 B
Oberschles. A.	4	—
do. B.	4	—
do. C.	4	—
do. D.	4	93 B
do. E.	3 <sup>1/2</sup>	85,50 B
do. F.	4	—
do. G.	4	—
do. H.	4	101,20 bz
do. von 1869	5	103,75 G
do. von 1873.	4	—
do. von 1874.	4	98 B
Brieg.-Neisse.	4	—
Gesell.-Oderbr.	4	—
do. do.	5	104 B
Stargard.-Posen.	4	—
do. II. Em.	4	—
do. III. Em.	4	—
do. III. Ser.	4	76,75 bz
do. Oberschl. Ztg.	5	101,60 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	—
Schles. Eisenbahn.	4	—

## In Liquidation.

Berliner Bank.	0	fr. 88 G
Berl. Bankverein	4%	0 fr. 81,25 bz
Berl. Prod.-Hds.-B.	10%	5 fr. 65 bzG
Breslau-Warschaw.	5%	4 fr. 83,90 bz
Bresl. Disc.-Bank	4	2 fr. 63,25 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—
Coburg. Cred.-B.	4%	2 fr. 66,25 bzB
Daniziger Priv.-B.	5%	71 bzG
Darmat. Creditib.	10	6 fr. 98,75 bzG
Darmat. Zettelsb.	6%	5 fr. 93,50 G
Deutsche Bank	5	3 fr. 89,75 bz
do. Reichsbank	—	4 fr. 107,50 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	7 fr. 113,20 bz
Genossenscb.-B.	6%	6 fr. 96,50 bzG
Gwb. Schuster u. C.	0	13 bzG
Goth. Grundst. B.	9	8 fr. 108 bzB
Hamb. Vereins-B.	11/2	9 fr. 117 bz
Hannov. Bank.	6%	7 fr. 103 bz
Königsb.-Ver.-Bank	5%	10 fr. 101,50 etbzB
Ldw. B. Kwieck.	6%	—
Leipz. Cred.-Ans.	7	4 fr. 119,60 G
Luxemburg. Bank	9	6 fr. 99,50 bzG
Magdeburger do.	5%	6 fr. 104 bz
Moldauer Lda.-Bk.	3	4 fr. 77,70 bzG
Nordd. Bank.	10	6 fr. 128,25 brB
Nordd. Grunder. B.	9%	9 fr. 100 bzG
Oat. Cred.-Ans.	6	2 fr. 23,34 bz
Poarer Prov.-Bank	6	2 fr. 97,70 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	8	4 fr. 98,50 bzG
Pr. Cent.-Bd.-Ord.	9%	4 fr. 117,90 G
Sachs. Bank.	10	16 fr. 119,90 bzG
Sachs. Cred.-Bank	5	6 fr. 83,25 G
Schl. Bank-Verein	6	5 fr. 84 G
Schl. Vereinsbank	6	5 fr. 96,50 bz
Thüringer Bank.	6	5 fr. 73 bzG
Wei. Mar. Bank.	5%	0 fr. 50,20 bz
Wei. Mar. Uniones.	5	2 fr. 99 G

## Industrie-Papiers.

Berl.Eisenb.-Bd.A.	7%	fr. 117 bzG
D. Eisenbahn-G.	0	4 fr. 14,50 G
do. Reichs.-Co. E.	4	4 fr. 68,75 G
Mark.Sch.Masch.G.	0	4 fr. 16,75 G
Nord.-Gummifab.	5%	5 fr. 52,62 G
do. Papierfabr.	4	4 fr. 10 bz
Pr. Credit-Anstalt	0	—
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—
Schl. Centralbank	2	fr. 51,50 G
Ver.-Bk. Quistorp	0	—

## In Liquidation.

<tbl